

Jahrestagung der Volkswirte der Berufsakademie Sachsen,
Berufsakademie Thüringen und
der Leipziger Ökonomischen Societät

am 24. April 2001
an der Staatlichen Studienakademie Leipzig



Herausgegeben von der Leipziger Ökonomischen Societät e. V. Leipzig

Postanschrift:
Universität Leipzig
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Marschnerstr. 31, Postfach 7
04109 Leipzig

© 2001

Typoskript: Christine Stojanow

Nachdruck, auch auszugsweise Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung
der Leipziger Ökonomischen Societät

Bernhard Kroll

Frühwarnsysteme und Überlebensstrategien – eine volkswirtschaftlich-historische Analyse mit aktuellen Bezügen

Die Frage nach jenen Bedingungen, unter denen Gesellschafts- und speziell Wirtschaftssysteme aufsteigen, temporär verharren und nieder- bzw. untergehen beschäftigt die sozialwissenschaftliche Forschung seit jeher. Das Interesse daran verwundert nicht, wenn man bedenkt, dass ein heute neunzigjähriger deutscher Mitbürger auf ein wechselvolles Leben in sehr unterschiedlichen sozioökonomischen Systemen zurück blicken kann; – beginnend beim Deutschen Kaiserreich über die Weimarer Republik, über das sog. „Dritte Reich“ und gegebenenfalls über die Deutsche Demokratische Republik bis hin zur Bundesrepublik Deutschland, die wiederum dabei ist, sich in ein gemeinsames Europa zu integrieren. Die wissenschaftlichen Herangehensweisen und Erklärungsansätze sozialer Evolution sind dabei ebenso vielfältig wie die Untersuchungsobjekte selbst. Dabei erweist es sich häufig als reizvoll, Denkbrücken nicht nur zwischen verschiedenartigen sozialen Gruppierungen – vom individuellen Haushalt zum betriebliche Unternehmen oder vom altertümlichen afrikanischen Gemeinwesen zur modernen europäischen Industriegesellschaft – und zwischen sozialer Vergangenheit und Gegenwart zu schlagen, sondern auch zu den mannigfaltigen Untersuchungsobjekten der Na-

turwissenschaften, insbesondere zu den biologischen Systemen von der lebenden Zelle aufwärts bis zu den Gruppenobjekten in Form von Tierpopulationen. Jedwedes lebende System, sei es als Zelle einfach oder als menschliche Gruppe hochkompliziert organisiert, ist unter sich verändernden äußeren Existenzbedingungen zur Evolution fähig, wobei sein Vermögen, den Verbrauch an „Lebensnahrung“ auf gleichem, niederen oder höheren Niveau erwirtschaften zu können, in diesem Sinne über eine konstante, sinkende oder steigende Leistungsfähigkeit zu verfügen, die Richtung des evolutiven Wandels bestimmt. Auch wenn es sich hierbei um allgemeingültige Zusammenhänge für alle Arten lebender Systeme handelt, vollzieht sich das hier vordergründig interessierende soziale Leben keinesfalls „naturgesetzlich“. Das Besondere menschlicher Gesellschaften im Spektrum lebender Systeme ist vor allem darin zu sehen, dass der in ihnen denkend handelnde Mensch seine Zustände - in bestimmten Grenzen - zu reflektieren und bewusst zu beeinflussen vermag. Seine Möglichkeiten überlebenssichernder und entwicklungsfördernder Einflussnahme auf die Gesellschaft und ihre Wirtschaft sind damit außerordentlich groß; sie reichen von der Akzeptanz "praktischer", d.h. zu wirtschaftlich realisierbaren Bedürfnissen führender Wertvorstellungen bis zur Regelung eines sparsamen, Raubbau verhindernden Umgangs mit knappen Ressourcen. Der Wandel von sozialen bzw. Wirtschaftssystemen ist insofern nicht in eine konkrete Richtung vorbestimmt, sondern kann von den am Sys-

temerhalt interessierten Mitgliedern in der Weise beeinflusst werden, dass zur Degeneration oder zum Untergang führende Fehler vermieden werden. Dies setzt jedoch Wissen voraus: Aktuelles Wissen über den Zustand, in dem sich eine Gesellschaft augenblicklich befindet - ob sie sich *ihre* Art von Produktion und Verbrauch überhaupt noch leisten kann, d.h. ob sie ihre Ressourcen sparsam verwertet und günstige Tauschrelationen eingeht, ob sie aus eigener Kraft oder durch den "Griff" in andere Kassen (auch in die der Natur) lebt, ob sie Leistungen verschenkt oder geschenkt bekommt - und Vorauswissen darüber, was evolutiv auf sie zukommen *kann*, und wie sie - dem möglicherweise Kommenden *zuvorkommend* – strategisch gegenhalten kann, also längerfristig zu agieren hat. Nun fördert die historische Analyse niedergegangener Gesellschaften eine Reihe interessanter Phänomene zu Tage. Zum einen waren sie häufig nicht in der Lage, ihre lebensbedrohenden Gefahren richtig einzuschätzen. Als Schlussurteil über den Niedergang des antik-demokratischen Stadtstaates Athen formuliert der Historiker BÖCKH: „ohne seine Kräfte zu kennen, gab man auf einmal viel aus, und gerieth hernach in Verlegenheit“ (1886, S. 708). Ein zweites Phänomen ist anderer Art: Einige Gesellschaften, die überleben wollten, hatten durchaus auch das Wissen, was dafür zu tun ist und was passiert, wenn sie nichts tun; - und trotzdem taten sie nichts. Das mutet heute nahezu wie „Selbstmord“ an. Der Historiker ALFÖLDY formuliert zum Fall Roms: „Das ist die Lehre aus dem Fall Roms: Dass niemand

unterliegen will, genügt nicht; wenn niemand etwas dafür tun will, nicht unterliegen zu müssen, dann steht das Ende bevor“ (1989, S. 486). Was hat diese Gesellschaften und ihre Akteure dazu bewegt, ihr Potential, d.h. ihre wirtschaftliche „Lebenskraft“, nahezu absichtsvoll schrumpfen zu lassen? Die Antwort kann nur aus einer sehr komplexen Sicht gegeben werden und wird vom Autor auf der Basis eines neuartigen systemtheoretischen Zugangs zur Erklärung der Evolution von Wirtschaftssystemen angestrebt (vgl. KROLL 1999). Dieses Herangehen basiert auf der Beschreibung des Potential-Zusammenhangs von Wirtschaftssystemen und der darin verankerten Voraussetzungen sowohl für generative Prozesse als auch für existenzgefährdende irreversible Bewegungen der oben angeführten Art.

Potential-Zusammenhang und Frühwarnung

In Form des Potential-Zusammenhangs hat der Autor eine – in Abbildung 1 stark vereinfacht dargestellte – Architektur gefunden, die es erlaubt die stofflich-energetischen Grundlagen von Wirtschaftssystemen mit ihrer institutionell-rechtlichen Struktur zu verbinden: Auf Handlungsebene stehen sich in einem Wirtschaftssystem 3 Handlungseinheiten (Unternehmen), die jeweils über ein eigenes Potential P_1 , P_2 und P_3 verfügen, gegenüber. Diese elementaren Potentiale stoßen sich ab oder ziehen sich an, üben Wirkungen aus oder empfangen Wirkungen, konkurrieren oder kooperieren. Das Wechselspiel ihrer Kräfte macht ihren Zusammenhalt aus und formiert unmittelbar die

Leistungsfähigkeit der Gesamtwirtschaft, die wiederum um so größer ist, je besser es gelingt, die Potentiale auszubalancieren bzw. zu koordinieren. Von der faktischen Kräftekonstellation auf Handlungsebene sind nun die Kommunikationsbeziehungen zwischen den jeweiligen Informationssystemen I_1 , I_2 und I_3 zu unterscheiden, die – markiert durch das Oval – einen gemeinsamen Regler bzw. einen „Ordner“ formen. Dieser Regler ver selbständigt sich als Hierarchie aus den Kräften der darunter liegenden Handlungsebene und wirkt auf diese zurück. Mit regelnden Institutionen kann man insofern stellvertretend für die nur schwer (als Momentaufnahme) fassbaren faktischen Strukturen arbeiten, wobei man ihrer Eigendynamik Rechnung tragen muss. Gesetzgeberische Regulierungswut oder die politische Zuteilung unechter, also güterwirtschaftlich nicht gedeckter Rechte sind wirtschaftliche Ausdrucksformen eines solchen von der Handlungsebene losgelösten und diese schwächenden Eigenlebens.

Die wissenschaftlich interessante Frage in Bezug auf das Potential eines lebenden und speziell eines Wirtschaftssystems lautete nun: Inwieweit kann sein Potential ihm dazu verhelfen, sich die für das Überleben notwendige (Lebens-) Nahrung aktiv anzueignen und gegebenenfalls einen Überschuss für Entwicklung zu erzielen.

1951) und an den Potentialbegriff RUDOLPHs (vgl. insbes. 1981 und 1984) anknüpft. Ihr wirtschaftliches Verständnis erfordert die gedankliche Transformation des Miteinanders von Stoff und Energie (und natürlich auch der daran gebundenen Information) aus seiner natürlichen Erklärung in die wirtschaftliche Welt, also in wirtschaftliche Strukturen, wozu es vor allem gehört, in den wirtschaftlichen Handlungen der Menschen und den an sie gebundenen Ressourcen die adäquate wirtschaftliche Energieform aufzudecken. Diese notwendige Transformation von einer naturwissenschaftlichen in eine wirtschaftliche Sicht kann hier nicht dargestellt werden (vgl. KROLL 1999, insbes. S. 80 ff.). Es sei deshalb ein Gedankensprung zu folgender Aussage gestattet: Die Leistungsfähigkeit eines Wirtschaftssystems findet ihren ex post Niederschlag in einer (unverzerrten) Bilanz wirtschaftlicher Handlungen, einer „Überlebensbilanz“ im Wertausdruck, die in folgende Saldenform

$$[(X^I - Y^O) + (X^G - Y^V) + (X^R - Y^N)]_t = 0$$

gebracht werden kann, wobei die Hereinnahmen X und Herausgaben Y nach jeweils 3 saldierbaren Bestandteilen unterschieden werden können:

- einem *Einfuhr(I)-Ausfuhr(O)-Saldo* $(X^I - Y^O)$, der für die *Selbsterwirtschaftung* des wirtschaftlichen Verbrauches steht,

- einem *Zufluss(G)-Abfluss(V)-Saldo* ($X^G - Y^V$), der die unentgeltlichen Zu- und Abflüsse einer Wirtschaft - von Subventionen bis zu Müll - berücksichtigt und
- einem *Rücknahme(R)-Entnahme(N)-Saldo* ($X^R - Y^N$), der für temporäre Auslagerungen aus dem Wirtschaftskreislauf, z.B. in politische, inklusive militärische, oder kulturelle Bereiche, und für ihre Wiedereingliederung steht.

Um ein Beispiel mit hypothetischem Charakter zu geben: Es wies die Wirtschaft des vom 1. Jhd. bis Ende des 5. Jhd. u.Z. existent gewesenen Römischen Kaiserreiches in ihrer Niedergangsphase ab Anfang des 3.Jhd. (Saldensumme < 0) noch immer einen positiven Eigenerwirtschaftungs-(IO-)Saldo - dank einiger leistungsfähiger Provinzen und vorteilhafter Sklavenarbeit - auf, der den hohen negativen Rücknahme-Entnahme-(RN-)Saldo – infolge hoher Entnahmen in den militärischen Bereich, in soziale „Verteilungen an das Volk“ und in die Bürokratie - und einen negativen Zufluss-Abfluss-(GV-) Saldo - infolge von „erkauftem“ Frieden, Beamtenkorruption und Ressourcenvergeudung - nicht mehr abdecken konnte; die Wirtschaft musste zwangsläufig schrumpfen:

$$[(X^I - Y^O) + (X^G - Y^V) + (X^R - Y^N)]_{\text{Niedergangsphase Roms}} < 0$$

mit:

Einfuhr-Ausfuhr-Saldo > 0 Zufluss-Abfluss-Saldo < 0 Rücknahme-Entnahme-Saldo $\ll 0$

Aus der konkreten Realisierung einer solchen „Überlebensbilanz“ lässt sich also ablesen, inwieweit eine bestimmte Wirtschaft die Aufrechterhaltung ihres Fließgleichgewichts (bei Saldensumme = 0) aus eigener Kraft bzw. durch „Geschenke“ oder durch Rücknahmen aus dem nichtwirtschaftlichen Bereich bewerkstelligt, inwieweit sie sich dabei Verluste und Entnahmen in den nichtwirtschaftlichen Bereich leisten kann, und inwieweit sie sich - dank welcher Positionen - generativ (Saldensumme > 0) oder degenerativ (Saldensumme < 0) von einem solchen Fließgleichgewicht weg zu einem anderen auf höherem oder niederen Niveau bewegt.

Solche Überlebensbilanzen haben eine informationell-institutionelle Entsprechung, die ebenfalls einer Formalisierung zugänglich ist; verwiesen sei auf die Berechnung eines Wertsaldo Ω aus externen Effekten der - in Gestalt einer sog. „Internalisierungshierarchie“- alle in das Auftreten externer Effekte involvierten Handlungsrechte nach ihrem Wertverzehr und ihrer Wertschöpfung saldiert (vgl. insbes. WEGEHENKEL 1991). Er bildet sich als Skalarprodukt aus einem (Handlungs-)Rechtsvektor $\underline{\rho}$ (mit den Komponenten $\rho_1, \rho_2, \dots, \rho_n$) und einem Vektor der Werte dieser Rechte, einem Wertevektor $\underline{\omega}$ (mit den Komponenten $\omega_1, \omega_2, \dots, \omega_n$):

$$\Omega = \underline{\rho}^T \underline{\omega}.$$

Dieser Wertsaldo gibt - kurz gesagt – Auskunft über die Konsistenz der verschiedenen Regelungen auf den unterschiedlichen

Ebenen, nach unten bis in die (marktliche) Handlungsebene und nach oben bis in die (Ordnungsrahmen-) Ebene hinein. Inkonsistente Regelungen, die ein bestimmtes Maß an „Auflösung“ verkörpern, gehen zwangsläufig mit wertmäßig erfassbaren Reibungsverlusten bzw. Konfliktkosten zwischen den Akteuren einher. So bekamen beispielsweise die institutionellen Gegensteuerungen Roms in der Niedergangsphase die faktischen Handlungsstrukturen nicht mehr in den Griff; die Überlegenheit der zersetzenden über die erhaltenden Kräfte wurde irreversibel. Wachsende Steuer- und Abgabenlast, verbunden mit Zahlungsunwilligkeit und Unwilligkeit zum Verzicht auf Zuteilungen wirkten selbstzerstörerisch. Wirtschaftlich-materielle Überlebensbilanzierung und informationell-institutionelle Konsistenzprüfung sind zwei Seiten einer gleichen, aber mit unterschiedlichen Modellen abbildbaren und messbaren Sache (siehe hierzu auch KROLL 1999, S. 136-142). Beide können gewissermaßen als Frühwarnsystem fungieren und einer Gesellschaft signalisieren, wo sie augenblicklich steht, ob sie ihre Ressourcen sparsam verwertet und günstige Tauschrelationen eingeht, ob sie noch aus eigener Kraft oder durch den „Griff“ in andere Kassen (auch in die der Natur) lebt, ob sie Leistungen verschenkt oder geschenkt bekommt, ob sie Vorteile erwirtschaftet oder Verluste einsteckt, ob sie wächst oder schrumpft, ob sie also – kurz gesagt – einen positiven oder negativen Wertsaldo aufweist.

B. Strategien und Irreversibilitäten

Die oben dargestellten Wege einer Frühwarnung lenken zwangsläufig auf die Frage nach den Möglichkeiten einer überlebenssichernden und entwicklungsfördernden strategischen Einflussnahme. Will man diese Möglichkeiten wiederum einem Gedankenexperiment am Modell zugänglich machen, muss man den in Abbildung 1 als Momentaufnahme dargestellten Potential-Zusammenhang um seine dynamische Komponente erweitern, d.h. in den einzelwirtschaftlichen Potentialen und in der materiellen wie auch in der regelnden informationell-institutionellen Struktur nach jenen Voraussetzungen suchen, die (in ihrer Kombination!) das Potential der Gesamtwirtschaft beweglich machen. Bezogen auf generative Prozesse der Evolution bestehen die Voraussetzungen beispielsweise in Form der strategisch ordnenden Kraft allgemeiner Regeln, die den normativ gewollten Handlungsspielraum für die Evolution vorgeben, in Vorräten an Wissen, die den möglichen Informationssprung abstecken und in Form ersparter Wertüberschüsse, die den materiell-finanzierbaren Sprung bestimmen. Strategisch fixierende Handlungsspielräume, Wissen und Ersparnisse sind wechselwirkende Komponenten eines generativ einheitlich wirksamen und sich dabei verbrauchenden bzw. entwertenden innovativen Anpassungspotentials.

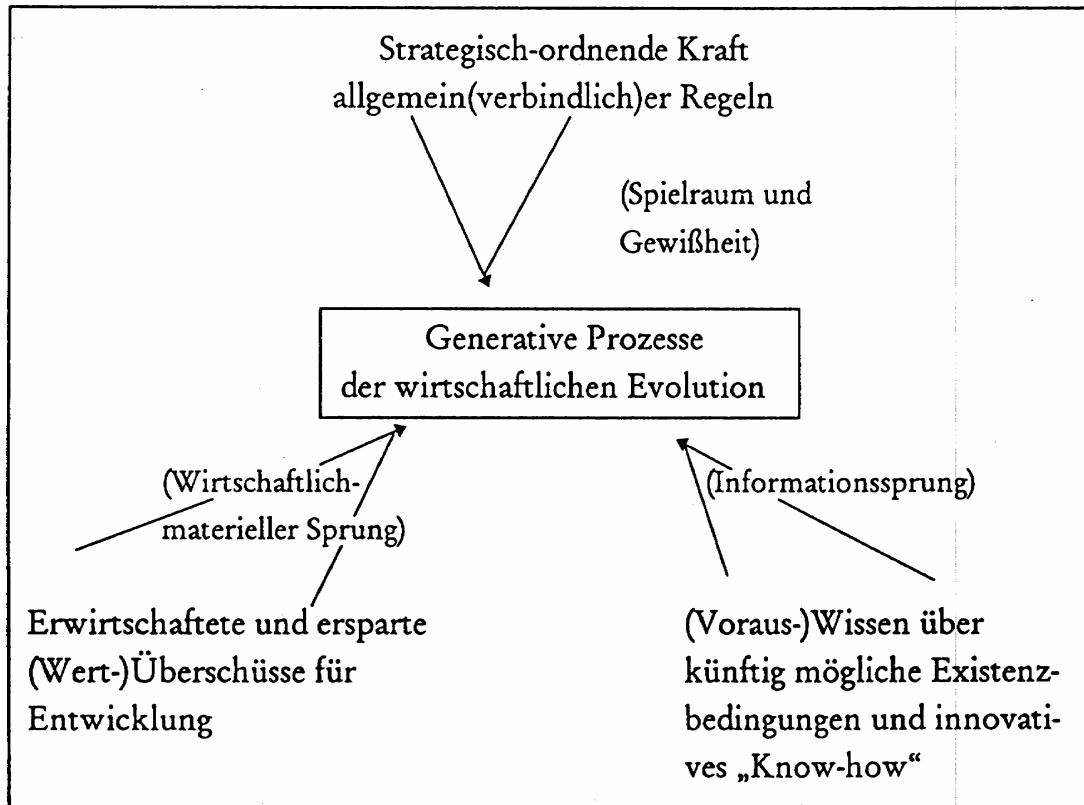


Abbildung 2: Das Anpassungspotential für generative Prozesse

Je nachdem, welche dieser Komponenten dabei in den Vordergrund gerückt wird, nimmt die Erklärung wirtschaftlicher Evolution unterschiedliche Formen an:

- Evolution als *Neubildung von institutionell-rechtlichen Regelungen* auf Basis der strategisch ordnenden Kraft allgemein(verbindlich vorgegeben)er Regeln
- Evolution als *Neubindung (Investition) von Werten* auf Basis eines erwirtschafteten Wertüberschusses und
- Evolution als (*kreativer*) *Informationssprung* durch Aktualisierung von Vorräten an Wissen.

In den Sozial- und speziell Wirtschaftswissenschaften wird jede dieser Erklärungsformen praktiziert, aber eben häufig für sich genommen und damit einseitig. Systemtheoretisches Herangehen, für das der erläuterte Potential-Zusammenhang steht, kann helfen, das Miteinander zu erklären; - man denke nur daran: Wissen und „gute Gesetze“ sind nicht kostenlos zu haben, und Kapital wiederum wird nur gebildet, wenn geeignete Institutionen Rechtssicherheit gewähren.

Damit aber ist die Problematik des Potential-Zusammenhangs in sozioökonomischen Systemen bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Der Mensch kann aus seinen Fehlern und Irrtümern lernen und er kann gegensteuernd Kurskorrekturen vornehmen. Für einige niedergegangene Gesellschaften lässt die historische Analyse jedoch das Phänomen erkennen, dass sie überleben wollten, durchaus auch das Wissen hatten, was dafür zu tun ist und was passiert, wenn sie nichts tun; - und trotzdem taten sie nichts. Das mutet heute nahezu wie „Selbstmord“ an. Was hat diese Gesellschaften dazu bewegt, ihre „Lebenskraft“ nahezu absichtsvoll schrumpfen zu lassen? Auch hierfür finden sich die Antworten – nahezu als Gegenstück zu dem Anpassungspotential für generative Prozesse – in der Beschaffenheit ihres Potentials. In ihnen sind Eigenschaften herangewachsen, auf die sie sich evolutiv festgelegt und die sich durch Gebrauch verfestigt haben, die unter veränderten Umweltbedingungen aber an Funktionalität einbüßen bzw. funktionslos und mithin redundant werden. Indem sie aber weiter fungieren und Auf-

wand "schlucken" lenken sie die Gesellschaft eigendynamisch und mit hoher Irreversibilität in eine Richtung, die ihren wirtschaftlichen Kapitalstock schrittweise aufzehrt. Die Gesellschaft nutzt in einem solchen Fall ihren wirtschaftlichen Surplus, um in Dinge zu „investieren“, die innerhalb der Wirtschaft generative Prozesse verhindern. Zu diesen „lebensgefährlichen“ irreversiblen Eigendynamiken gehören vor allem solche kulturell-normativen „Leitbilder“, die die Wahrung von Identität vor wirtschaftliche Zwänge stellen und gerade deshalb letzten Endes trotzdem zum Identitätsverlust beitragen, aber auch politisch fixierte Ausgabenzwänge, die nicht mit einem gleichermaßen mitwachsenden Sozialprodukt einhergehen, oder das (subventionierte) Festhalten an bestimmten Industrien, Produktionen oder Qualifikationen. Eine Gesellschaft, die in hohem Maße irreversible Eigendynamiken dieser Art zulässt, ist in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zwangsläufig weniger offen, als sie es andernfalls sein könnte. Das schrittweise Aufzehren ihres materiellen und informationellen Kapitalstocks ist nahezu vorprogrammiert und als potentieller Niedergang mithin geistig vorwegnehmbar. Selbst für eine beabsichtigte Gegensteuerung, die um so aufwendiger wird, je später sie einsetzt, besteht ab einem bestimmten Zeitpunkt die Gefahr, sie wirtschaftlich nicht mehr verkraften zu können.

Eine Gesellschaft, die ihre Kräfte zu messen vermag, kann sich vor solchem Leichtsinnschützen. Die erläuterten Überlebensbilanzen und eine Konsistenzprüfung der institutionellen Rege-

lungen sind theoretische Vorschläge für geeignete „Frühwarnsysteme“, mit denen eine Gesellschaft erkennen kann, inwieweit irreversible Eigendynamiken wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Art von ihrem Potential, also ihrer Lebens- bzw. Leistungskraft zehren. Darauf aufbauende Strategien wiederum müssen gewährleisten, dass die Gesellschaft das Akkumulieren von Werten durch Sparen, das Anhäufen von Wissen durch Forschung und – darin eingeschlossen – das Finden von Rechtsregeln mit hohem gesellschaftlichen Überlebenswert erzwingt; - nicht per Anordnung, sondern nahezu homöostatisch regelnd durch den Anreiz und die Gewährung bester „Überlebens“- und Entwicklungschancen für jene Wirtschaftsakteure, Unternehmer, Politiker, Wissenschaftler usw., die damit den größten Beitrag für das Gemeinwohl leisten.

Literatur:

- ALFÖLDY, G. (1989): „Die Krise des Römischen Reiches“, Wiesbaden, Stuttgart: Steiner
- V. BERTALANFFY, L. (1942): „Theoretische Biologie“, 2. Band, Berlin: Gebrüder Borntraeger
- .- (1949) „Das biologische Weltbild“, Bern: Francke
- BÖCKH, A. (1886): „Die Staatshaushaltung der Athener“, Berlin: Reimer
- KROLL, B. (1999): „Leistungsfähigkeit und Evolution von Wirtschaftssystemen – Grundzüge einer Evolutorischen Ökonomik aus systemtheoretisch-integrierender Sicht“, Marburg: Metropolis
- RUDOLPH, J. (1981): „Über die systemtheoretische Kategorie des Potentials und ihre Bedeutung für das Stabilitätstheorem der Kybernetik“, in Forschungsinformationen Heft 1, Hochschule für Ökonomie, Berlin
- .- (1984): „Über den Formwandelprozess der Materie“, Unveröffentlichtes Manuskript, Berlin
- WEGEHENKEL, L (1991): „Evolution von Wirtschaftssystemen und Internalisierungshierarchie“, in Wagner, H.-J. (Hrsg.): Anpassung durch Wandel, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin

Hans-Jürgen Skiba

Betrachtung ausgewählter volkswirtschaftlicher Entwicklungstendenzen aus der Sicht der möglichen Auswirkungen auf die betriebswirtschaftliche Führung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)/ Kommunen in Sachsen.

In den folgenden Darlegungen soll der Versuch unternommen werden, eine sachliche und nüchterne Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern zu geben.

Fachübergreifend könnte diskutiert werden, ob sich die ostdeutsche, insbesondere die sächsische Wirtschaft:

- a) kontinuierlich und im notwendigen Tempo, d.h., auch in den notwendigen Wachstumsraten entwickelt oder ob wir
- b) wirklich vor schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen stehen.

Der Ausgangspunkt für eine wissenschaftliche Diskussion sollte meines Erachtens die Betrachtung der Volkswirtschaft als Ganzes und die jeweiligen Abhängigkeiten in ihren Wechselwirkungen sein.

1. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen in Deutschland insgesamt und insbesondere in Ostdeutschland nicht mehr mit den tatsächlichen Erfordernissen überein. Eine Volkswirtschaft wird sich nie überall gleichmäßig und kontinuierlich entwickeln, es wird immer **Insellösungen** und **Unterschiede** geben, die teilweise historisch und territorial bedingt

und auch oft sinnvoll sind, aber es dürfen nicht so gravierende Unterschiede bestehen.

2. Die deutsche Volkswirtschaft entwickelt sich nicht in einem abgeschlossenen Raum, sondern immer im Beziehungsfeld zu anderen Volkswirtschaften mit ihren positiven und negativen Folgen, d.h., nicht störfrei und ohne äußere Einflüsse.
3. Betrachten wir die Entwicklung in der EWWU, dürften wir eigentlich im Sinne der Definition schon nicht mehr von einer deutschen Volkswirtschaft sprechen, weil im gewissen Sinne die Bedingungen fehlen, die eine Volkswirtschaft auszeichnen.
4. Die gesamte Entwicklung in der EU und die mögliche Osterweiterung stellen auch sächsische Unternehmen vor neue Herausforderungen in den Bereichen:
 - der Wettbewerbsfähigkeit, des Handels und Transportes, der Dienstleistungen sowie des Arbeitskräfte- und Kapitaltransfers.
 - der Bewältigung der zu erwartenden 15,7 Mio. Arbeitslosen in den neuen Beitrittsländern.

Betrachten wir die Entwicklung in **Sachsen** etwas konkreter, so könnten wir zu folgenden allgemeinen Ergebnissen gelangen:

1. Gute Erfolge wurden in den 11 Jahren in einigen wirtschaftlich gut entwickelten Bereichen erreicht.
 - schönere Städte und Gemeinden;
 - moderne und gut ausgebaute Straßen;
 - einige der modernsten Industriebetriebe in Deutschland;

- es besteht in weiten Teilen Ostdeutschlands ein modernes Telekommunikationsnetz;
- in vielen Gebieten gibt es gut entwickelte Industriegebiete mit einer entwickelten Infrastruktur.
- die Arbeitsproduktivität ist in einzelnen Bereichen höher als in den alten Bundesländern.

2. Wir haben es aber in Sachsen, wie auch in anderen neuen Bundesländern, primär mit **Insellösungen** im Bereich der größeren und teilweise mittleren Unternehmen zu tun.

- In Sachsen fehlen, wie in allen neuen Bundesländern, Betriebe des produzierenden Gewerbes und es gibt wenige oder sehr wenige Erfolge bei der Entwicklung kleinerer Unternehmen, ob im Handwerk oder im Dienstleistungssektor.
- Nach der Wirtschafts- und Währungsunion wurde die ostdeutsche Industrie nicht erhalten, sondern mit politischen Mitteln wurde der ökonomische Konkurrent beseitigt => kein Ausdruck des realen Wettbewerbs.
- Die Treuhand hat hier ganze Arbeit geleistet.
- Viele Betriebe mussten auch aus **ökonomischer Sicht** geschlossen werden, sie konnten nicht mehr subventioniert werden, aber einige recht gute und moderne Betriebe hätten bei einem guten Management eine Überlebenschance gehabt.
- In Ostdeutschland besteht kaum noch Großindustrie => wenige Betriebe über 500 bzw. 5000 Beschäftigte.

- Es gibt viele Bereiche, wo Geld abgeschöpft wird, aber kein Geld „entsteht“.
- Betriebe in Sachsen bestehen zu **75 % aus KUM** mit einer Mitarbeiterzahl von **1 bis 10** Beschäftigten.
- KMU haben eine zu geringe Eigenkapitaldecke, können dadurch Außenstände nicht ausgleichen (lt. DtA 86 % der Insolvenzursachen).

Diese Entwicklung hat enorme negative Folgen für die Volkswirtschaft als Ganzes und für Sachsen im Besonderen:

a) Probleme der territorialen Verteilung der Unternehmen.

- Brachte die ganze historisch gewachsene Struktur zum Erliegen.
- Es wird oft von **verlorenen** Regionen gesprochen.
 - Oft bestehen überhaupt keine Gewerbeunternehmen, gleich welcher Bereich, welche Branche.
 - Wegbrechen der Großunternehmen führte zum Zusammenbruch vieler kleiner Zulieferbetriebe in Sachsen (u.a.)
 - < Robur = 6.500 MA mit 32 Zulieferbetrieben (heute 0)
 - < Spinnerei Bernstadt 1986 für 86.000 Mio. neu gebaut, 1992 für wenige Mio. verkauft.
 - < Motorenwerk Cunewalde = über 6.000 Beschäftigte mit über 30 Zulieferbetrieben

b) Das „Gesund schrumpfen der Wirtschaft“ hat auf alle Wirtschaftssubjekte negative Einflüsse:

- Es sind die KMU, Haushalte, die Banken und Versicherungen sowie der Staat mit seinen Einnahmen und Ausgaben betroffen.
 - Weniger Steuereinnahmen, dafür steigende Ausgaben.
 - 1991 bis 1995 waren es noch 662 bzw. 665 Mrd. DM an Einnahmen 1999/2000 465 Mrd.
 - Haushalte verdienen weniger Geld und streichen zuerst bei Dienstleistungen und Aufträgen für Kleinunternehmen.
 - Haushalte schaffen weniger Geld zu den Banken, Spareinlagen gehen bei einzelnen Banken zurück => Nachteil für Kreditpolitik der Banken.

c) Wenig Industrie bietet wenig Arbeitsplätze

- Abwanderung nimmt zu => lt. St.BA wanderten aus neuen Bundesländern 1,2 Mio. Menschen in die alten Bundesländer ab.
- In den neuen Bundesländern nimmt in einigen Regionen die Abwanderung bedenkliche Größen an.
- Mehr Ab- als Zuwanderung, besonders junge Menschen verlassen den Osten
 - Die neuen Bundesländer haben 2000 im Vergleich zum Vorjahr 74.000 Einwohner verloren, die alten Bundesländer haben 210.000 dazu gewonnen (einschließlich Zuzüge aus dem Ausland)

d) Veränderung der Altersstruktur

- Die deutsche Bevölkerung überaltert unverhältnismäßig.
 - Die Altersstruktur hat sich für Ostdeutschland wesentlich verschlechtert
 - => die Zahl der Erwerbsfähigen im Alter von 20 - 65 ging von 1993- 2000 um 310.000 Menschen zurück.
 - Einzelne Kommunen haben ein Durchschnittsalter von über 50 Jahren, dies hat Auswirkungen auf die Nachfrage nach bestimmten Gütern und Dienst- und Sozialleistungen.
 - < 1999 waren über 12,1 Mio. Menschen über 65 Jahre, 2000 waren es 14,2 Mio.
- Immer mehr Menschen gehen aus gesundheitlichen Gründen in Rente
- Zunehmende Probleme in der Baubranche
- Gewachsene Perspektivlosigkeit und damit oft einhergehende Kriminalität, Rechtsextremismus, Alkohol- und Drogenkonsum => sind aus volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Sicht gleichermaßen schädlich, denn sie wirken sich auf den Arbeitsmarkt und die Ausgabenpolitik gleichermaßen negativ aus => Geld für Aussteiger fehlt für Wirtschaftsentwicklung
- KMU haben oft wenig Anreizsysteme für Personal, Bezahlung oft gering durch Niedrigpreispolitik.
 - < Zunehmende ausländische Konkurrenz besonders in Sachsen=> sehr viele österreichische Baubetriebe (die-

se arbeiten mit billigen Arbeitskräften aus dem Nicht-EU-Bereich).

< Niedrige Löhne führen zur verminderten Nachfrage und Kaufkraft und umgekehrt.

< Unternehmen müssen besonders in Grenzgebieten mit relativ niedrigen Preisen und damit mit niedrigen Löhnen arbeiten.

e) Das Wirtschaftswachstum und seine Entwicklung

- Sachsen ist auf der Messe in Hannover mit 160 Firmen vertreten
- 15 Firmen bieten auf Gemeinschaftsständen Innovationen im Bereich Mikrotechnologie an.
- Sachsen hat bei neuen Bundesländern viele Spitzenpositionen und steht in der BRD an 6. Stelle.
- Sachsens Industrie hat 2000 Produkte für 15,6 Milliarden DM exportiert = ist ein Zuwachs von 15,8 % im Vergleich zu 1999.
 - Problem dabei ist aber die schwache Zahlungsmoral der osteuropäischen Länder => es gibt in Sachsen Unternehmen, die 60 % des Exportes nach Rußland unterhalten.
- Das Wirtschaftswachstum ist in Teilbereichen gut und sehr gut, aber für Sachsen insgesamt nicht ausreichend, denn es geht um eine „anhaltende Zunahme des wirtschaftlichen Produktionspotentials, wie Boden, Arbeit, technisches Wissen und Kapital.

- Die Wachstumsraten müssten höher sein, um die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland schneller abzubauen.
 - Die Schere zwischen Ost und West wird z.Z. größer => Wirtschaftswachstum im Westen höher und schneller als im Osten.
- Großes Nord-Süd und Ost-West Gefälle => oft historisch bedingt.
- Einige Wirtschaftsregionen müssen verstärkt gefördert werden.
- Nicht alle Regionen werden sich gleichmäßig entwickeln => ist nicht unbedingt sinnvoll.
- Einige Dinge sind in einigen Regionen aus ökonomischer Sicht nicht zu bewältigen.
- Es besteht zu wenig produzierendes Gewerbe; in Sachsen entstanden viele Bereiche, wo Geld entzogen wird => Supermärkte, Möbelhäuser, Tankstellen, Vergnügungsparks u.a.m. Hier werden auch wenig Menschen beschäftigt und dazu noch oft mit niedrigem Qualifikationsniveau.
- Viele Betriebe fahren ihre Personalstärke gegen Null zurück, oft schlechte Auftragslage oder falsche Steuerpolitik des Staates.
- Bei Betrachtung des Wirtschaftswachstums immer die Ausgangsbasis zu beachten.

- Konjunktur ist in einzelnen Bereichen ersichtlich, aber primär für größere und einzelne mittlere Betriebe im Bereich Export, weniger für die kleinen Unternehmen.
- Außenhandel ist auch angestiegen, aber zwischen Ost und West bestehen Unterschiede.
- Ostdeutschland exportiert oft nach Osteuropa/Rußland, hier ist die Zahlungsmoral/-möglichkeit schlechter.
- Handel ist auch teilweise durch staatliche Institutionen eingegrenzt oder wird durch einige Anbieter kriminalisiert.
- Gute Erfolge gibt es im Bereich der Produktionskostenentwicklung und Arbeitsproduktivität.
 - Produzierten ostdeutsche Betriebe 1998 in der Regel auf 100 DM Produktion um 2,50 DM teurer, so hat sich in wesentlichen Bereichen eine Angleichung vollzogen.
 - Einzelne Betriebe haben eine höhere Arbeitsproduktivität als die Stammwerke.
- Das Qualifikationsniveau ist in einigen Bereichen gestiegen.
- Ostdeutschland ist seit längerer Zeit für die Investoren ein unattraktives Hochsteuerland (keine sinnvolle Steuerreform, die auch Investoren und einheimische Unternehmer anreizt).

f) Das Arbeitszeitproblem

- In der BRD wird offiziell immer weniger Zeit gearbeitet, lt. Kohl Entwicklung zum „Freizeitpark“ => Die Jahresar-

beitszeit beträgt rund 1.648 Std. (Japan 2246 Std. bei gleichem Brutto)

- In Ostdeutschland arbeiten die Menschen im Durchschnitt 20 Std. im Monat mehr als in den alten Bundesländern (37,5 Std.) bei weniger Lohn.
 - Dabei spielen lt. BAfA Überstunden noch eine große Rolle; bei Abschaffung der Überstunden wären über 1 Mio. Arbeitsplätze möglich => für KMU keine Diskussion => zu hohe Personalkosten.
 - Eine Ausnahme bilden Ostangestellte, sie arbeiteten 1999 nur 37,5 Stunden, 1991 waren es 39,1 Std.
- In den alten Bundesländern arbeiten mehr Menschen in einem Teilzeitarbeitsverhältnis (22%) als in Ostdeutschland

Folgende Ursachen sind zu beachten:

- In Ostdeutschland haben 52 % der Beschäftigten im Teilzeit-Bereich keinen anderen Job gefunden
- In Westdeutschland gehen über 50 % freiwillig nur verkürzt arbeiten
- In Westdeutschland wird Teilzeit primär als Frauensache betrachtet,
 - 42 % der Frauen und 5 % der Männer arbeiten verkürzt
 - In Ostdeutschland arbeiten 23 % der Frauen und 4 % der Männer verkürzt,

(Hat aber auch historische Ursachen; in der ehemaligen DDR haben Frauen i.d.R. auch 8 Std. gearbeitet).

- Die Verdienstmöglichkeiten sind dabei schlechter als in alten Bundesländern

g) Arbeitsmarktsituation und Arbeitslosigkeit

- Die Arbeitsmarktsituation sieht nicht besonders gut aus.
- Betriebe leiden unter Mangel an Fachpersonal, d.h., die Arbeitsmarktpolitik stimmt nicht mit den Erfordernissen überein. (lt. Einschätzung des Präsidenten des DIHT fehlen nicht nur Hochschulabsolventen, sondern sogar ungelernete und angelernte Kräfte)
 - Suche nach Arbeitskräften bei Maschinenbau, Med.-Technik, Optik-Industrie und Mikrotechnologie
 - Seit 1990 verringert sich das Arbeitskräfte-Angebot drastisch
 - Oft greifen Unternehmen auf Arbeitskräfte aus dem Ausland zurück.
 - Teilweise zu altes und wenig gut ausgebildetes Personal, bedingt durch Abwanderung von jungen Menschen und Spezialisten.

< Wer lange arbeitslos ist, ist schwer vermittelbar, bekommt oft keine Arbeit auf dem 1.Arbeitsmarkt

< Ungleichgewichte und Besonderheiten beachten:

- 50 % der Arbeitslosen und 65 % der jugendlichen Arbeitslosen sind ohne abgeschlossene Ausbildung.

- Rund 50 % der Arbeitslosen wollen sich nicht verändern (weder Beruf noch Umzug).
- Andererseits gibt es für Arbeitnehmer in Sachsen oder im Arbeitsamtsbereich Bautzen keine ansprechenden Arbeitsplätze, das Arbeitsamt wirbt für die alten Bundesländer und sogar in Polen (für 4,85 DM).
- < Arbeitskräfte vom 2. Arbeitsmarkt werden zwar gestützt, aber sind nicht immer auf der Höhe der Anforderungen.
- Umschulungen sind m.E. nicht sinnvoll:
- < Alter liegt oft zwischen 45 - 55 Jahren, diese sind für die Wirtschaft nicht attraktiv.
- < Ein großer Teil wird vom Arbeitsamt zugeordnet, haben oft keine Motivation und die Themeninhalte und Programme gehen weitestgehend am Anforderungsprofil vorbei.
- Arbeitskräftepotential ist durch Geburtenraten bis 2005 vorgezeichnet
- Bei Arbeitslosenzahlen sind Fragen der in- und ausländischen Arbeitslosen zu beachten
- < Unterschiede bei den Branchen und zwischen „alten und neuen“ Bundesländern:
- In Westdeutschland leichter konjunktureller Aufschwung und Rückgang der Arbeitslosen
- In Ostdeutschland Zunahme der Arbeitslosen
- Gesamtdeutschland ist Zahl der Arbeitslosen um 19.000 auf 4,1 Mio. gestiegen, aber 164.000 weniger als März 2000.

- In den alten Bundesländern gab es 9.700 Arbeitslose mehr als März 2000 = 1,49 Mio.
- Die geplante Zahl von weniger als 3 Mio. Arbeitslosen wird nicht vor 2005 erreicht => dann setzen geburten-schwache Jahrgänge ein.
- Riester spricht von einer positiven Arbeitsmarktentwicklung, da rund 500.000 Arbeitskräfte mehr als 1999 auf den Arbeitsmarkt gekommen sind (vor allem Frauen)
- In den Angaben vom 6. März werden vom StBA für Dezember 3,89 Mio. Arbeitslose gemeldet, aber keine Angaben für Ostdeutschland.
- In Sachsen waren im Februar 432.000 Menschen arbeitslos, das sind 9.000 mehr als Februar 1999.
- Zusammen mit den 49.000 ABM-Kräften suchen in Sachsen insgesamt 538.000 Menschen eine Arbeit.
- Von den Arbeitslosen sind 11 % jünger als 25 Jahre.
- Im Bausektor besteht weiterhin eine Talfahrt, 2.500 Stellen = 1.200 weniger als 2000, für 1000 Lausitzer gibt es nur 417 Jobs
- Es gibt in Sachsen Gebiete, wo die reale Arbeitslosenzahl bei rund 50 % liegt (ABM, ABS, Umschulung usw.).

h) Einkommens- und Verteilungsprobleme

- In Sachsen beziehen immer weniger Menschen ihr Einkommen aus eigener Arbeit, rund 52 % der Menschen bekommen Transferleistungen (Anteil wächst, in LÖ-

bau/Zittau = 59 %)=> hat Auswirkungen auf Kaufkraft und Lebensniveau der Menschen.

- Dies führt auch zu hohen Belastungen für die Kommunen und zur Verringerung der Einnahmen => 52 % der Kommunen sind zu hoch verschuldet, müssten Insolvenzverfahren anmelden.
- Hat Auswirkungen und Folgen:
 - auf die Zahlungsfähigkeit gegenüber KMU
 - können keine Gewerbegebiete erschließen
 - können keinen sozialen Wohnungsbau forcieren
 - können die staatliche Nachfrage nicht erhöhen und dadurch Konjunktur nicht ankurbeln
 - Kommunale Betriebe stehen oft schlecht da, sind keine guten Wirtschaftspartner.
- Einzelne Eigenheimbesitzer müssen um eigenes Heim fürchten, da Kosten für Abwasser und Straßenanbindung lt. Straßenbaubeitragssatzung steigen.
- Negative Auswirkungen ergeben sich für den Arbeitsmarkt, die Versorgung der Wirtschaft, die Einkommensverteilung u.a.m.
- Außerordentlich bedenklich ist die Situation in der Entwicklung unserer Alters-, Sozial- und Einkommensstruktur.
- Altersarmut => 50 % der Sachsen bezieht Einkommen aus Rente und Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe

- Dies hat besonders für unsere **KMU, Banken** und **öffentliche Wirtschaft** negative Konsequenzen in folgenden Fragen:
 - < Abschwächung der Kaufkraft, Verbraucherpreise sind gestiegen.
 - < Lohnerhöhungen werden durch Inflation und Steuer- und Abgabenerhöhungen kompensiert
 - < 30 bis 50 jährige tragen die finanzielle Last für die Bekämpfung der sozialen Probleme
 - < Wesentliche Veränderungen in den Kundenstrukturen
 - < Frage nach der Rentabilität von Filialen, damit sind Personalfragen verbunden.
 - < Weniger Einnahmen aber wachsende Ausgaben => Belastung der Haushalte, hat Auswirkungen besonders auf KMU, weniger Aufträge bei Dienstleistungen und im Handwerk => Leute mit wenig Geld machen bestimmte Dienstleistungen selbst.
 - < Es wird nach möglichen Alternativen gesucht (Kauf im Ausland oder im Billigbereich).
 - < Kaufkraft sinkt und die Bedürfnisstrukturen ändern sich.
- Rentenreform bereitet auch wirtschaftliche Probleme:
 - Zunehmende Mittel für 2. Arbeitsmarkt und Umschulungen
 - Arbeitskräfte vom 2. Arbeitsmarkt werden gestützt, sind nicht immer auf der Höhe der Anforderungen

- Neue Anforderungen an die Verteilungspolitik des Staates bei der Überprüfung der Transferleistungen.
- Neue Anforderungen in der Einkommenspolitik und Möglichkeiten der Veränderungen im Interesse eines realen Wirtschaftswachstums.
- Veränderte Herausforderungen an die Steuer- und Fiskalpolitik des Staates.